

Zeit für Kantone und Bericht für Bundesrat

Kommission des Ständerats will im Sprachenstreit Optionen der Regierung ausloten

NZZ, 8.11.2014

For. Bern · Die Wirren um den Fremdsprachenunterricht in den Kantonen beschäftigen auch die nationalen Politiker. Die Bildungskommission des Ständerats (WBK) hat sich an ihrer letzten Sitzung von Christoph Eymann, dem Präsidenten der kantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK), informieren lassen. Die EDK hatte sich Ende Oktober gegen eine Intervention des Bundes im Sprachenstreit ausgesprochen. Dieser ist entbrannt, weil einige Kantone aufgrund von politischen Vorstössen auf das Frühfranzösisch verzichten wollen.

Die Kommission unterstützt die Haltung der EDK, dem Bund in der Einhaltung des Bildungsartikels in der Verfassung nur eine subsidiäre Kompetenz zu-

zuschreiben, wie die Parlamentsdienste am Freitag mitteilten. Sie will deshalb den Kantonen die nötige Zeit für die Umsetzung lassen. Zeit haben diese dafür bis Mitte 2015.

Dennoch will die Kommission laut Mitteilung ausloten, welches die konkreten Handlungsmöglichkeiten des Bundesrats wären, falls die Kantone die Harmonisierung nicht zustande bringen. Sie hat die Verwaltung beauftragt, einen Bericht zu erstellen. Ist dies als Wink mit dem Zaunpfahl, als Drohung an die Adresse der Kantone zu interpretieren? Oder sollen vielmehr Innenminister Alain Berset die Schranken aufgezeigt werden, innerhalb deren er sich bei einem allfälligen Eingreifen zu bewegen hat? Dieser lässt keinen Zwei-

fel daran, dass er im Falle des Scheiterns der kantonalen Bemühungen das Heft in die Hand nehmen würde. Weder noch, sagt die Thurgauer CVP-Ständerätin Brigitte Häberli, Vizepräsidentin der Kommission. Es gehe um eine Auslegeordnung, die auch für die Kantone informativ sei. Als Grundlagen dienen die Verfassung und das Sprachengesetz. Häberli erwartet den Bericht bis spätestens Frühling 2015.

Weiter unterstützt die Kommission eine vom Nationalrat überwiesene Motion zur Förderung von zweisprachigen Schulen. Diese verlangt, dass der Bundesrat mit den Kantonen eine Strategie erarbeitet, um mit zweisprachigen Klassen die Landessprachen ausserhalb des traditionellen Territoriums zu fördern.